

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren

Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin hat den Referentenentwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren in der Sitzung am 12.05.2010 eingehend diskutiert und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Rechtsanwaltskammer Berlin lehnt den Referentenentwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren aus den folgenden grundsätzlichen Erwägungen ab:

- Der Schwerpunkt der staatlichen Bemühungen muss sich darauf richten, das Problem der überlangen Verfahrensdauer zu beseitigen, um die Garantie des Rechtsweges gemäß Art. 19 IV GG zu wahren.
- Der Gesetzentwurf stellt den Entschädigungsanspruch in den Vordergrund und vermittelt dadurch sowohl Richtern als auch dem rechtsuchenden Publikum den Eindruck, dass überlange Verfahrensdauern unvermeidlich und hinzunehmen seien; schon dieser Ansatz ist verfehlt.
- Die Sanktion staatlicher Entschädigung ist nicht geeignet, das Problem einzudämmen, da deswegen weder Richter schneller oder mehr arbeiten werden noch zusätzliche Richterstellen eingerichtet werden. Im Gegenteil verschlimmert die Sanktion das Problem fehlender finanzieller Mittel für zusätzliche Richterstellen, weil es die Haushaltsmittel für das Justizwesen weiter reduziert. Selbst wenn eine Finanzierung aus anderen Haushaltsmitteln erfolgen würde, fänden öffentliche Mittel, die zur Behebung des Problems verwendet werden sollten, eine weit schlechtere Verwendung.
- Die Feststellung, ob ein Verfahren unangemessen lange gedauert hat und ob eine Entschädigung festzusetzen ist, reduziert zusätzlich die knappen zeitlichen Ressourcen der bestehenden Gerichte und verschlimmert das Problem weiter.
- Die Höhe der Entschädigung für immaterielle Schäden (100,00 € pro Monat) kann vom rechtsuchenden Publikum eher als weitere staatliche Ungerechtigkeit empfunden werden, denn als angemessener Ausgleich.
- Die Notwendigkeit, die Verzögerung dem Gericht durch die Parteien anzuzeigen/zu rügen und zur Erlangung der Entschädigung auch nachzuweisen, ist nicht nachvollziehbar, da sich der Gang des Verfah-

rens vollständig aus den Gerichtsakten ergibt und wird wiederum die Akzeptanz des rechtsuchenden Publikums verhindern.

Wir sehen andererseits aber eine Notwendigkeit, dass die Möglichkeit, Schadensersatz wegen überlanger Verfahren geltend zu machen, gesetzlich geregelt wird. Nach unserer Ansicht könnte ein verschuldensunabhängiger Amtshaftungsanspruch geschaffen werden oder es müsste ausdrücklich für diese Fälle ein öffentlich rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch normiert werden. In beiden Fällen sprechen wir uns strikt dagegen aus, dass der mögliche Schaden von vornherein beziffert wird oder mit einer Ziffer Anhaltspunkte für die Schadenshöhe gegeben werden. Es ist dem deutschen Schadensersatzrecht fremd, dass das Gesetz für einzelne Konstellationen mögliche Schadenshöhen vorgibt. Der Gesetzgeber sollte anerkennen, dass ein überlanges Verfahren eine Beeinträchtigung darstellt, die entsprechend der jeweiligen konkreten Situation zu kompensieren ist.